



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/140 - 22.6.1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 039 890

Rinweise  
auf den Inhalt:

Das bessere Klima zwischen West und Ost	S. 1
Dänemark plant Einführung der Volkspension	S. 3
Angeschlagener Hamburg-Block	S. 5

## San Franzisko und Genf

sp - Eisenhower schloß seine von Optimismus erfüllte Rede auf der Zehnjahresfeier der Vereinten Nationen mit einem Zitat Abrahams Lincolns, jenes USA-Präsidenten, der im amerikanischen Bürgerkrieg die Einheit seines Landes wahrte und so den USA die Tragödie einer dauernden Spaltung ersparte. Lincoln sagte damals:

"Die Dogmen der ruhigen Vergangenheit sind nicht angeressen für die stürmische Gegenwart. Die Situation ist voll von Schwierigkeiten und wir müssen uns mit ihr auseinandersetzen. Da unser Fall neu ist, müssen wir auch neu denken und handeln. Wir müssen uns befreien, dann werden wir unser Land retten."

Setzt man für das Wort Land das Wort Menschheit, so haben wir in den zitierten Sätzen die Probleme und Aufgaben unserer Zeit angesprochen, die nach Lösung drängen. Die Furcht eines totalen Vernichtungskrieges im Atomzeitalter beherrscht das Denken und die Phantasie der Völker, die Lenker der Staaten können sich ihr nicht entziehen, und der Gedanke, der Krieg als ein Mittel der Politik habe sich selbst überlebt, gewinnt an Boden. Ein ausgesprochen versöhnlicher Ton klang in der Rede Eisenhower, und dies sicherlich nicht allein deshalb, weil sich Jubiläumsfeiern nicht für kriegerische Brandreden eignen. Die Sowjetrussen und ihre Verbündeten zollten, wie die übrige mehr als tausendköpfige Versammlung, dem amerikanischen Präsidenten durch eine lebhafteste Zustimmung ihren Tribut - ein wahrhaft ungewöhnliches Bild, wie es die UNO seit ihrem zehnjährigen Bestand noch nicht erlebte.

Begegnungen der Außenminister der USA, der Sowjetunion, Frankreichs und Großbritanniens, auch wenn sie der Vorbereitung künftiger Konferenzen dienen, zeichneten sich in früheren Jahren nicht gerade durch ein Höchstmaß gegenseitigen Entgegenkommens aus; der Streit um die Tagesordnung verdüsterte die Gespräche, Anklagen wechselten mit Gegenanklagen, jede Seite versuchte von Anfang an die Gegenseite ins Unrecht zu setzen, das Mißtrauen schien unausrottbar zu sein. Gewiss ist dieses Mißtrauen, die Furcht, von anderen über-

spielt oder überrumpelt zu werden, immer noch in hohem Maße vorhanden. Aber ebenso unverkennbar ist der seit Jahren eingetretene weltpolitische Klimawechsel, der die Großmächte auf die Bahn neuer Überlegungen und Konzeptionen für einen gesicherten Weltfrieden gedrängt hat. Sichtbarer Ausdruck dieser neuen Atmosphäre in den Beziehungen zwischen West und Ost ist die Schnelligkeit, in der sich die vier Außenminister über ihre Genfer Begegnung geeinigt haben. Sie werden in diese ohne Bedingungen und Vorbelastungen gehen; dies allein sichert der Genfer Konferenz eine Elastizität, wie sie wohl noch kaum eine Viererkonferenz der vergangenen Jahre auszeichnete.

Die Voraussetzungen, unter denen die Vereinten Nationen gegründet wurden, haben sich in diesen zehn Jahren gewandelt. Damals glaubten die Siegermächte des zweiten Weltkrieges, die eigentlichen Schöpfer der UNO, der Welt ihren Willen aufzwingen zu können, sie teilten sie in Einfluszböden. Die Teilung Deutschlands war das für unser Volk schmerzlichste Ergebnis dieser Mentalität. Aber an eben dieser Teilung entzündete sich, was von den Siegermächten vor zehn Jahren wohl niemand klarsichtig vorausahnte, der Gegensatz zwischen West und Ost, entstand an Stelle von Organen der Zusammenarbeit der fürchtbare Apparat der Angst und des Mißtrauens, der heute abgebaut werden muß, wenn der Welt das Schicksal eines Atomkrieges erspart bleiben soll. Eine andere, in ihren Folgen auch heute noch nicht zu übersehende Fehlspekulation unterlief den Schöpfern der UNO. Sie übersahen das Gewicht der kleineren Nationen, das sich in dem Maße verstärkte, als die Siegermächte der Uneinigkeit verfielen und, noch schwerwiegender, das Erwachen der asiatischen Völker. Indiens Einfluß in der Weltpolitik ist im Wachsen, mit Macht drängt das neue China einlaßbegehrnd an die Tore der UNO, und es ist wohl nur noch eine Frage der Zeit, bis ihr Sitz und Stimme im Rate der Völker zufallen werden.

Diese unvorhergesehenen Entwicklungen nehmen dem west-östlichen Gegensatz seine bitterste Schärfe. Er nötigt die verantwortlichen Staatsmänner beider Lager, auf die Weltmeinung Rücksicht zu nehmen und den Chor jener Völker zu beachten, die sich mit sichtbarem Erfolg von Schatten der beiden Giganten lösen. Die Vereinten Staaten und die Sowjetunion mit ihrem Kreis von Satelliten können nicht mehr allein der Welt des Atomzeitalters ihr Gepräge verleihen; ihre Rolle wird in der Zukunft etwas bescheidener sein. In Staaten, die sich der Grenzen ihres Einflusses, ihrer Macht und deren Anwendung wohl bewußt sind, wächst auch die Bereitschaft, den friedlichen und vernünftigen Verhandlungen den Platz vor der Auseinandersetzung auf dem Schlachtfeld einzuräumen.

22.6.1955

### Jedem Dänen seine Altersversorgung

R.A., Kiel

Die Sozial- und Finanzausschüsse des dänischen Reichstages werden sich nach den Sommerferien mit der Einführung einer Volkspension für jeden dänischen Staatsbürger zu befassen haben. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat der Volksversicherungskommission am 1. Juni einen Gesetzesvorschlag unterbreitet, der einen weiteren Schritt auf dem Wege zur Beseitigung der "Angst vor dem Alter" darstellt. Die Fraktion der Partei "Radikale Venstre" hat mitgezogen.

Die Volkspension soll die bereits auf der Grundlage von versicherungspflichtigen Arbeitnehmern bestehende Altersrente ergänzen. Sie wird für diesen Personenkreis geringer sein als für nicht Versicherungspflichtige. Hier erhält das Gesetz eine besondere Bedeutung für die vielen hochintensiven kleinen Landwirtschaftsbetriebe Dänemarks, die nur von familienangehörigen Kräften bearbeitet werden. Für die bereits pensionberechtigten Beamtinnen wird es keine Volkspension geben. Bei den Ruhestandsbezügen ist jedoch eine "aufstockende" Sonderregelung vorgesehen.

Wenn alles gut geht, wird im Jahre 1957 mit der Einführung der Volkspension für das dänische Vier-Millionen-Volk begonnen werden. Dabei ist eine stufenweise Erhöhung der Bezüge bis 1962 vorgesehen. Mit der Aufstockung der Volkspension ist auch eine schubweise Heraufsetzung der allgemeinen Altersgrenze auf 67 Jahre geplant, wobei für alleinstehende Frauen ab 1962 die Bezüge vom 62. Lebensjahr ab gewährt werden sollen. Die Grenze von allgemein 65 Jahre oder 60 Jahre für alleinstehende Frauen wird jedoch bei der Altersrente unverändert bestehen bleiben.

Ebenso wie die gesamte Bevölkerung von dieser Alterspension erfasst werden wird, sollen auch alle Dänen einschließlich der königlichen Familie an der Finanzierung ihres "angenehmeren Lebensabends" beteiligt sein. Im ersten Jahr wird von jedermann ein Betrag von ein Prozent des steuerpflichtigen Einkommens erhoben. Im sechsten Jahr wird der Betrag dann die endgültige Höhe von 2,5 Prozent erreicht haben. Dabei ergibt sich dann, dass höhere Einkommensempfänger relativ stärker

22.6.1955

zur Pensionsfinanzierung herangezogen werden, weil ja die Pension für jedermann gleich hoch ist, aber beispielsweise 2,5 Prozent von 2000 Kronen mehr sind als von 500 Kronen.

In den ersten beiden Jahren - voraussichtlich 1957 und 1958 - werden alle Dänen ab 65 Jahre, wenn sie Ehepaare sind, 240 DM jährlich Volkspension bekommen. Ledige alleinstehende Frauen ab 60 Jahre erhalten 160,- DM. In den beiden folgenden Jahren - 1959 und 1960 - werden die Altersrentenempfänger dann eine geringere Volkspension als die anderen Dänen erhalten, die nicht versicherungspflichtig waren. Für Familien gibt es 450 DM im Jahr, wenn sie keine Altersrente beziehen und für Altersrentner-Ehepaare 420 DM. Alleinstehende erhalten 360 DM ohne und 280 DM mit Altersrente, wenn der Vorschlag der dänischen sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Gesetzeskraft erhalten würde. Dabei wird 1959 mit der Heraufsetzung der Altersgrenze um sechs Monate jährlich bis 1962 begonnen werden.

Im Jahre 1962 wird dann der vorläufige Endzustand der schrittweisen Einführung der Volkspension erreicht sein. 67jährige Altersrentner erhalten 1962 mit ihrer Ehefrau 540 DM. Wenn sie diese Altersrente nicht bekommen, gibt es 300 DM jährlich. 62 jährige alleinstehende Altersrentnerinnen werden ebenso wie 67jährige alleinstehende Altersrentner ab 1962 den Betrag von 400 DM Volkspension vom dänischen Staat ausgezahlt bekommen. Erhalten diese Alleinstehenden die Altersrente nicht, so gibt es für sie 600 DM jährlich. Das hat besondere Bedeutung für Ehefrauen, die nie in Arbeitnehmerverhältnis standen und deren Mann starb.

\*

\*

\*

Unruhe im Hamburg - Block

Kein Jubiläumsartikel

sp, Hamburg

Als vor einigen Tagen Erik Blumenfeld, Reeder und Kohlenhändler, Vorsitzender der Bürgerschaftsfraktion des Hamburg-Blocks (aus CDU, FDP und DP) von einer längeren Reise zurückkehrte, fand er zu seinem Ärger die Stadt ernstlich beschäftigt, die Frage seiner Nachfolge zu diskutieren. Wohl hatte er in engerem Kreise schon Rücktrittsabsichten geäußert, sie waren aber kaum ausgereift. Nun las er in allen Zeitungen, dass er sich aus der Politik zurückzuziehen gedenke.

Die Tatsache, dass diese Neuigkeit ohne sein Wissen in die Zeitungen gelangen konnte, deutet an, dass die Rücktrittsabsichten Blumenfelds noch einen Hintergrund haben, der mit seiner Hinweis auf vor-dringliche geschäftliche Pflichten nicht ausreichend erklärt werden kann. Blumenfeld ist nicht beliebt. Der Hamburger Öffentlichkeit war die salbte Person, die während der Nazizeit zunächst geschäftsfördernde Beziehungen auch zu prominenten Nazis zu pflegen wusste, dann aber aus nicht bekannten Gründen zum Naziverfolgten wurde, stets etwas zweifelhaft. Zum andern gehört zu dem allgemeineren Hintergrund dieses Rücktritts die sich besonders in der Wirtschaft verbreitende Enttäuschung über die bisherige Tätigkeit des Blocks und seines wenig imponierenden Senats. Sie hat in den verschiedenen Bevölkerungskreisen natürlich verschiedene Ursachen. Doch drängt sich die Mißstimmung gegenüber dem Block jedem Beobachter auf.

Enttäuscht sind vor allem die Leute, die mit der Bildung des Block-Senats an eine Art Machtergreifung glaubten, im Sinne der wilden, nach allen Seiten gemachten Versprechungen während des Wahlkampfes. Gewiß hat der Senat einige personalpolitische Wünsche des Blocks erfüllt. Aber er war schon wegen der knappen Mehrheit in der Bürgerschaft (62:58) zu Sachlichkeit gezwungen. Viele Pöstchenjäger mußten leer ausgehen.

Der Wahlkampf war in fast unverständlicher Zuspitzung vor allem um die Schulreform geführt worden. Nun stellt sich der neue Schulsenator, den der Block aus seinen Reihen zu besetzen nicht in der Lage war, als ein fachlich fortschrittlicher und unabhängiger Mann dar, mit dem auch

Die Opposition zufrieden ist. Weniger sind es allerdings die Demagogen des Blocks. Neben der sechsjährigen wurde auch die vierjährige Grundschule eingeführt, was in einer Zeit überfüllter Klassen und verbreiteter Schichtunterrichts als praktischer Ausweg hingenommen werden kann. Hinzu kommt, dass der Bürgermeister mit dem bekannten hamburgischen Namen Sieveking zwar als ein guter Beamter, nicht aber als Politiker von Format gilt. Seiner unentschlossenen Haltung schreibt man den Hochbahnstreik zu. Oft genug ist die ihn stützende Fraktionskombination mit ihm unzufrieden.

Trübes Gewölk zieht sich zudem gegenwärtig gegen den Hamburger Bundestagsabgeordneten der CDU, Bucerius, zusammen. Es ist die Rede von schweren Anschuldigungen, die seine Mitgesellschafter in den Verlagen "Die Zeit" und "Der Stern" gegen ihn erhoben haben. Auch wird glaubhaft berichtet, dass er selber damit rechne, aus dem Vorlag hinaus gedrängt zu werden.

So wird das Wetter für den Hamburg-Block mit jedem Tage schlechter. Den Wählern dieser parteipolitisch und zweckbestimmten Gruppierung ist inzwischen klar geworden, dass sie keinen Block, sondern einem höchst brüchigem Gebilde ihre Stimme gegeben haben. Welche politischen und personellen Folgerungen sich daraus ergeben werden, lässt sich noch nicht absehen.

\* \* \*

---

Verantwortlich: Peter Raunau